

## Niederschrift

Gremium	Sitzung - BA-SAB/Z001(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
<b>Betriebsausschuss SAB</b>	Dienstag, 20.12.2005	Julius-Bremer-Str. 8 Raum 609	17:00 Uhr	17:45 Uhr

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

- 1 **Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**
- 2 **Protokollkontrolle der Sitzung vom 15.11.2005**
- 3 **Neufassung Straßenreinigungsgebührensatzung**  
Vorlage: DS0585/05
- 4 **Öffentliche Toilette am Schelli**  
Vorlage: A0070/05
- 5 **Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz**  
Vorlage: S0300/05
- 6 **Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz**  
Vorlage: DS0612/05
- 7 **Information über die Umsetzung des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG)**  
Vorlage: I0321/05
- 8 **Information zu Leistungen und Kostenauswirkungen der Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit der Insolvenz der Firma Koch Entsorgung und Verwertung**  
Vorlage: I0329/05
- 9 **Wirtschaftsplan 2006 - Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb**  
Vorlage: DS0623/05
- 10 **Verschiedenes**

Anwesend:

**stellv. Vorsitzende**

Frau Eva Bromberg

**Verwaltung**

Konrad Schwenke

Doris König

Sylvia Schinlauer

Dietrich Schultz

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Axel Gripinski

Stadtrat Martin Hoffmann

Stadtrat Eberhard Seifert

Stadtrat Wolfgang Wähnel

Stadtrat Dr. Gerd Zimmer

**Beschäftigtenvertreter**

Herr Reinhardt Brett

Herr Jörg Richter

**Geschäftsführung**

Frau Ines Häntzschel

Abwesend:

**Vorsitzender**

Beigeordneter Holger Platz

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Thomas Kilian

## Öffentliche Sitzung

### 1. **Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

---

**Frau Bromberg** eröffnet stellvertretend die neunte Sitzung des BA SAB in der IV. Wahlperiode und begrüßt die Stadträte, die Beschäftigtenvertreter, die Vertreter der Verwaltung und den Gast. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und mit 8 Ausschussmitgliedern, später mit 9 Ausschussmitgliedern beschlussfähig ist.

**Die Ausschussmitglieder stimmen der Einladung und der Tagesordnung einstimmig zu.**

### 2. **Protokollkontrolle der Sitzung vom 15.11.2005**

---

Es werden durch die Ausschussmitglieder keine Änderungen bzw. Ergänzungen zum Protokoll vorgebracht.

**Frau Bromberg** bittet um die **Abstimmung** des Protokolls.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**7 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**1 Enthaltung**

### 3. **Neufassung Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: DS 0585/05**

---

**Herr Schwenke** erläutert kurz die Drucksache. Der Grund dieser Vorlage liege darin, dass die zurzeit gültigen Straßenreinigungsgebühren nur für das Jahr 2005 kalkuliert waren. Es wurde eine neue Kalkulation für die Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 vorgenommen. Dabei wurden die Ergebnisse des vorherigen Kalkulationszeitraumes berücksichtigt, wobei Überdeckungen auszugleichen sind. Auch wurden in diesem Zusammenhang kleinere redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Mit der Neufassung der Straßenreinigungssatzung werden im Satzungstext Änderungen aufgenommen, die sich aus der praktischen Arbeit des Fachbereiches 02, des Vermessungsamtes und des SAB ergeben haben, wie z. B. dass für bebaute Grundstücke außerhalb der geschlossenen Ortslage Straßenreinigungsgebühren erhoben werden können bzw. die Reinigungsleistung übertragen werden kann.

Weiterhin wurde auf Anregung des KRB-Ausschusses aufgenommen, dass die Stadt Modellversuche zur Erprobung von neuen Methoden oder Systemen zur Reinigung durchführen kann.

**Frau Bromberg** fügt den Ausführungen von Herrn Schwenke an, dass die Gebühren in der Neufassung der Straßenreinigungssatzung unverändert bleiben.

**Herr Dr. Zimmer** fragt, ob die Anwohner der Straßen, welche für diesen Modellversuch vorgesehen sind, finanziell belastet werden.

**Herr Schwenke** antwortet, dass die Kosten für die Modellversuche von der Stadt getragen werden müssen.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Zimmer**, warum dieser Modellversuch gestartet werde, antwortet **Herr Schwenke**, dass damit das Ziel einer noch besseren Sauberkeit in Schwerpunktbereichen der Stadt erreicht werden soll.

Da seitens der Ausschussmitglieder kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, bittet Frau Bromberg um die **Abstimmung** der Drucksache DS 0585/05 – Neufassung Straßenreinigungsgebührensatzung.

### **Beschluss:**

**Der BA SAB empfiehlt dem Stadtrat in seiner Sitzung am 09.02.2006 die Beschlussfassung zur Neufassung der Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungsgebührensatzung) in der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß beiliegender Anlage.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen**

**4. Öffentliche Toilette am Schelli  
Vorlage: A 0070/05**

---

**5. Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz  
Vorlage: S 0300/05**

---

**Die Stellungnahme wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

**6. Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz  
Vorlage: DS 0612/05**

---

**Herr Wähnelt** vertritt den Standpunkt, dass die Möglichkeit der Finanzierung der Toilette über Sponsoring unabhängig von der Drucksache überprüft werden soll.

**Herr Czogalla** teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion gegen die Aufstellung einer öffentlichen Toilette am Schellheimer Platz ausspricht, da das Geld an anderen Stellen nötiger gebraucht werde.

**Herr Seifert** ist der Meinung, dass die Summe von 125.000 EUR sehr hoch sei und diese für andere Vorhaben ausgegeben werden sollte.

**Herr Dr. Zimmer** spricht die jährlichen Folgekosten in Höhe von 12.000 EUR an und fragt, durch wen diese Kosten getragen werden.

**Frau Bromberg** weist darauf hin, dass die Drucksache in verschiedenen anderen Fachausschüssen beraten wird, so auch im Finanz- und Grundstücksausschuss zu den angesprochenen finanziellen Mitteln. Die anderen Fachausschüsse werden ebenfalls darüber befinden und empfehlen, ob der Stadtrat diesem Vorhaben zustimmen kann.

**Herr Wähnelt** spricht sich für die Aufstellung einer öffentlichen Toilette am Schellheimer Platz aus, da im Umfeld von Stadtfeld keine vorhanden ist.

**Herr Schwenke** zeigt anhand einer Karte, die Standorte öffentlicher Toilettenanlagen in Magdeburg. Es ist zu erkennen, dass im Stadtteil Stadtfeld noch keine öffentliche Toilette vorhanden ist. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, am Schellheimer Platz einen Standort einer öffentlichen Toilette vorzusehen.

Der SAB als Eigenbetrieb könne jedoch die Kosten nicht übernehmen, so in der Drucksache keine Deckungsquelle genannt werden konnte.

**Frau Bromberg** fügt an, dass seitens des Fachbereiches 02 dieser Vorlage nur zugestimmt wurde, wenn die finanziellen Mittel aus anderen freiwilligen Bereichen zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Czogalla** ist der Meinung, dass die Stadt davon weg kommen müsse, dass jeder Stadtteil mit öffentlichen Toiletten bestückt werden müsse. Dies könne finanziell nicht getragen werden. Das im Stadtzentrum mehrere öffentliche Toilettenanlagen vorhanden sind, sei einzusehen, da dieser Bereich sehr stark von Besuchern frequentiert sei.

**Herr Brett** bedankt sich bei der Verwaltung für die vorgelegte öffentliche Stellungnahme S 0300/05, in der die Kostenvergleiche nachvollziehbar dargelegt sind. Die von Herrn Czogalla geäußerte Meinung, dass nicht in jedem Stadtteil eine öffentliche Toilettenanlage aufgestellt werden sollte, kann nicht verallgemeinert werden, da in der Stellungnahme zweifelsfrei dargelegt wurde, dass der Schellheimer Platz ein stark frequentierter Standort im Bereich Stadtfeld-Ost ist. Das Provisorium habe gezeigt, dass die Toilette durch Eltern mit ihren Kindern aber auch anderen Bürgern sehr viel genutzt wurde.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf seitens der Ausschussmitglieder besteht, bittet **Frau Bromberg** um die Abstimmung der Drucksache DS 0612/05 – Öffentliche Toilette am Schellheimer Platz.

### **Beschluss:**

**Der BA SAB empfiehlt dem Stadtrat in seiner Sitzung am 06. April 2006 die Ablehnung zur Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage am Schellheimer Platz im Jahr 2007.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**3 Ja-Stimmen**  
**3 Nein-Stimmen**  
**3 Enthaltungen**

### **7. Information über die Umsetzung des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG) Vorlage: I 0321/05**

**Herr Schwenke** bringt die Information ein. Auf Grund des neuen Elektro- und Elektronikgerätegesetzes hat die Stadt dafür zu sorgen, dass diese Geräte einer umweltfreundlichen Entsorgung zugeführt werden. Der zuständige Entsorgungsträger hat Sammelstellen einzurichten, die für die Sammlung von Altgeräten zugelassen sind.

Die Stadt erfüllt die genannten Anforderungen mit drei Wertstoffhöfen des SAB.

Da auf den drei Wertstoffhöfen Deponie Hängelsberge, Cracauer Anger und Silberbergweg bereits die getrennte Sammlung schon seit Jahren praktiziert wird, ergibt sich kein zusätzlicher Aufwand für den SAB.

In der Vergangenheit wurde der Elektronikschrott zur weiteren Verarbeitung und Verwertung an soziale Einrichtungen wie die Genossenschaft der Behinderten Werkstätten (GDW) und die GISE GmbH vergeben.

Diese Einrichtungen wollen auch weiterhin Leistungen in diesem Bereich übernehmen.

Die GDW und GISE GmbH haben beantragt, auch weiterhin die Gruppe 1 im Auftrag für die Stadt kostenlos zu übernehmen.

**Herr Gripinski** fragt, ob die privaten Haushalte bei der Aktion der Sperrmüllabfuhr auf Bestellung auch Elektronikschrott zur Entsorgung bereitstellen können und wie da eine getrennte Sammlung durch den SAB stattfindet.

**Herr Schwenke** teilt mit, dass die privaten Haushalte ihre elektrischen Geräte zur Sperrmüllabfuhr geben können und das bei der Abholung immer ein zweites Fahrzeug dabei sei, welches nur diese Geräte gesondert einsammelt.

Auf die Frage von **Herrn Gripinski**, ob die Bürger auch ihren Elektronikschrott zu privaten Unternehmen bringen könnten, bestätigt dies **Herr Schwenke**.

**Herr Wähnelt** fragt, ob die Bürger auch Elektro-Kleingeräte am Schadstoffmobil abgeben können.

**Herr Schwenke** sagt, dass dies möglich sei und die Bürger auch noch die Abgabemöglichkeit ihrer Elektro-Kleingeräte in der Sternstraße nutzen können.

**Herr Dr. Zimmer** fragt, ob die beiden Verwertungsfirmen die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllen.

**Herr Schultz** antwortet, dass beide die notwendigen Genehmigungen erhalten haben.

**Die Information I 0321/05 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

## **8. Information zu Leistungen und Kostenauswirkungen der Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit der Insolvenz der Firma Koch Entsorgung und Verwertung Vorlage: I 0329/05**

---

**Herr Schwenke** teilt hierzu mit, dass der Ausschuss bereits ausführlich mündlich darüber informiert wurde. Auf Anregung von Herrn Platz hin wurde dazu seitens des SAB noch die Informationsvorlage erarbeitet.

**Herr Dr. Zimmer** fragt, ob die Stadt das Geld zurück bekommt.

**Herr Schwenke** teilt mit, dass ein Insolvenzverwalter die Firma übernommen habe und dass es unwahrscheinlich sei, dass die angemeldeten Forderungen beglichen werden.

**Herr Dr. Zimmer** erkundigt sich, ob für den Brandschaden eine Versicherung aufkommen wird.

**Herr Schultz** antwortet, dass dieser Schaden als Eigenverschulden eingestuft wurde.

**Die Information I 0329/05 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.**

**9. Wirtschaftsplan 2006 - Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb**  
**Vorlage: DS 0623/05**

---

**Frau Bromberg** bittet die Ausschussmitglieder um ihre Fragestellungen zur Drucksache.

**Herr Dr. Zimmer** fragt, ob die Erhöhung der Umsatzsteuern mit berücksichtigt worden.

**Herr Schwenke** sagt, dass der Betrieb nur wenig umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbringt und dass die Umsatzsteuern in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt worden sind.

**Herr Wähnelt** fragt, wie sich die Forfaitierung auf den Wirtschaftsplan auswirke.

**Herr Schwenke** teilt mit, dass nicht der SAB, sondern die Stadt den Vertrag mit dem Müllheizkraftwerk und den Banken schließt. Damit erhält die Stadt die Erlöse aus dem Geschäft und trägt auch das Risiko.

**Frau Bromberg** fügt den Ausführungen von Herrn Schwenke an, dass sich dieser Fall noch in einem laufenden Prüfungsverfahren bei der EU befinde.

**Herr Gripinski** fragt, wieso der Materialaufwand 2006 gegenüber 2005 gestiegen ist.

**Frau König** informiert, dass im Jahr 2005 erst ab Mai die MHKW-Kosten mit eingearbeitet werden mussten und ab dem Jahr 2006 die Mengen für das gesamte Jahr berücksichtigt werden müssen. Damit steigen die Fremdleistungen der Restabfallverbrennung, die anderen Materialkosten und Fremdleistungen liegen in dem Umfang wie im Jahr 2005.

**Herr Czogalla** fragt, wie sich eine Verlängerung der Deponielaufzeit auf den Wirtschaftsplan auswirken würde.

**Herr Schwenke** sagt, dass eine Verlängerung der Deponielaufzeit erhebliche Vorteile für die Wirtschaftsjahre nach 2007 bringe.

Die Berechnungen belaufen sich für eine Deponielaufzeit bis 2020.

**Herr Czogalla** fragt, wie wichtig das Teilstück Umgehungsstraße für den SAB sei.

**Herr Schwenke** antwortet, dass die Stadt eine Rechtspflicht habe und dieser Abschnitt umgehend gebaut werden müsse.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf seitens der Ausschussmitglieder besteht, bittet **Frau Bromberg** um die **Abstimmung** der Drucksache DS 0623/05 – Wirtschaftsplan 2006 – Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb.

**Beschluss:**

**Der BA SAB empfiehlt dem Stadtrat in seiner Sitzung am 09.02.2006, dass der Wirtschaftsplan 2006 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes Magdeburg entsprechend den Anlagen wie folgt festgesetzt und beschlossen wird:**

**Im Erfolgsplan mit einem Jahresgewinn in Höhe von 681.800 EUR und im Vermögensplan mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 6.633.300 EUR**

**Die mittelfristige Finanzplanung 2005 – 2009 wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**9 Ja-Stimmen**

**0 Nein-Stimmen**

**0 Enthaltungen**

**10.           Verschiedenes**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

gez. Eva Bromberg  
stellv. Vorsitzende

gez. Ines Häntzschel  
Schriftführerin

***Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.***